

21 FEB 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII/37 - 29. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Territorialverteidigung</u>	48
	"Fallex 62" und die Planungen von Hassels	
2	<u>"Wichtiges Teilstück der Agrarpolitik"</u>	46
	Landwirtschaftlicher Sozialplan der SPD im Urteil des Deutschen Bauernverbandes Von Heinz Frensee, MdB	
3 - 4	<u>Verwirrung in Rom über EWG-Krise</u>	87
	Italien nach dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	
5 - 7	<u>Die Frau in der modernen Industriegesellschaft</u>	115
	Notwendige Untersuchung Zu einem sozialdemokratischen Antrag im Bundestag Von Hetty Schmitt-Maass	
	Referentin für Frauenfragen beim Parteivorstand der SPD	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Territorialverteidigung

"Fallex 62" und die Planungen von Hassels

sp - Die Korrektur, die Bundesverteidigungsminister von Hassel mit seiner Absicht zum Aufbau der vernachlässigten Territorialverteidigung an der bisher in der Ermekelkaserne tonangebend gewesenen Planung seines Vorgängers Strauss vornehmen will, ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Ohne eine gut durchorganisierte Territorialverteidigung hängen die aktiven deutschen Divisionen der NATO-Verteidigung in der Luft. Der entlassene Ex-Minister Strauss hatte zuletzt noch in einer schriftlichen Antwort auf eine SPD-Anfrage, die von der Opposition seit Jahr und Tag geforderten tätigen Bemühungen um den Auf- und Ausbau der Territorialverteidigung, abgelehnt. Seine Planungswelt hatte a t o m a r e Perspektiven.

Auch eine zweite Absicht von Hassels ist bemerkenswert, nämlich sich energisch um die personelle Seite der elf beziehungsweise zwölf NATO-Divisionen zu kümmern und sie damit zunächst einmal in diesem Bereich einsatzfähig zu machen. Die Bundeswehr hat einen außerordentlichen Engpaß an Offizieren und Unteroffizieren, dessen Ausweitung durch die bisherigen Methoden auch einer zwar kostspieligen, aber wenig wirksamen Werbung nicht gelungen ist. Allein im Offizierssektor sollen derzeit etwa 6500 leere Stellen zu besetzen sein.

Der neue Mann in der Ermekelkaserne steht also vor einer wichtigen Aufgabe, die nicht im Handumdrehen gelöst werden kann. Die bisher bekanntgewordenen Pläne von Hassels werden zunächst einmal im Verteidigungsausschuß des Bundestages eingehend zu diskutieren sein.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß sich der Bundesverteidigungsminister zur Begründung seiner Absichten auf die Herbstübung "FALLEX 62" beruft. Fast gleichzeitig hat der mit von Hassel sehr eng verbundene ehemalige Befehlshaber im Kieler Wehrbereich, Vizeadmiral a. D. Rogge, der jetzt Zivilverteidigungsberater der Kieler Landesregierung ist, öffentlich die Forderung erhoben, die westdeutsche Bevölkerung müßte in Großveranstaltungen über die Erfahrungen aus dieser Übung unterrichtet werden. Es ist festzuhalten, daß Aufgabenstellung und Ergebnisse von "FALLEX 62" einen wesentlichen Teilinhalt jenes Artikels gebildet haben, der dem "Spiegel" das so spektakulär verlaufene Landesverratsverfahren eingetragen hat. Davon ist also jetzt bei von Hassel und Rogge keine Rede mehr. Jetzt werden aus "FALLEX 62" in aller Öffentlichkeit weitgehende Folgerungen gezogen, wobei der Admiral zusammen mit seiner Forderung, die Gesamtbevölkerung zu informieren, schon einige wesentliche Teilergebnisse dieser Übung bekanntgegeben hat. Diese Informationen sind so alarmierend, daß man die Forderung Rogges nur unterstützen und von Hassel nahelegen kann, den Vorschlag seines Admiral-Freundes so rasch und so umfassend wie nur irgendmöglich zu verwirklichen.

Einer Bevölkerung, die im Jahre 1963 runde 18,4 Milliarden DM für den Militärhaushalt auf den Tisch legen soll, muß endlich offen und ungeschönt über die Situation unterrichtet werden, in der sie sich nach den harten Erfahrungen und Erkenntnissen der NATO-Manöver in einem möglichen Ernstfallen befinden könnte. Die Zeit der Strauss'schen Tiraden muß jetzt ganz rasch abgeschlossen werden. Das Parlament und das Volk wollen harte Fakten hören und harte Arbeit sehen.

"Wichtiges Teilstück der Agrarpolitik"

Von Heinz Frehsee, MdB

Als "wichtiges Teilstück einer umfassenden Agrarpolitik" und "Beitrag zur Erfüllung des Landwirtschaftsgesetzes" bezeichnen die offiziellen Publikationsorgane des Deutschen Bauernverbandes den landwirtschaftlichen Sozialplan der SPD, der am 11. Februar in Hannover von dem Mitglied des SPD-Präsidiums, Dr. Heinrich Deist und dem Bundestagsabgeordneten Heinz Frehsee der Öffentlichkeit - und am 13. Januar in der Grünen Debatte dem Bundestag vorgelegt worden ist. Die Zustimmung, die dieser Sozialplan besonders bei den Betroffenen gefunden hat, macht drei-erlei deutlich:

- * Das Tabu, mit dem alles "Soziale" bei den Bauern
- * und Landwirten bisher behaftet war, ist gebrochen.

- * Die alte These der SPD, von den Bauernverbänden
- * und der Grünen Front im Bundestag bisher erbit-
- * tert bekämpft, findet jetzt ihre Bestätigung:
- * Die Agrarpolitik bedarf bei dem mit sozialer Här-
- * ten verbundenen Prozeß der Integration (Einschmel-
- * zung) der Landwirtschaft in die Industriegesell-
- * schaft sozialpolitischer Hilfsmaßnahmen.

- * Es wird anerkannt, daß die SPD eine Teilkonzeption
- * zu bieten hat in einer Zeit, in der bei der Bundes-
- * regierung wie bei den Regierungsparteien völlige Rat-
- * losigkeit herrscht.

So ist zu erklären, daß der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Edmund Rehwinkel auf einer Tagung in Uelzen vor 1200 Bauern die SPD für ihre Initiative zugunsten der Landwirtschaft lobte, während er gleichzeitig erklärte, "sein Vertrauen zur Agrar- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sei zerstört. Die Bundesregierung habe das Landvolk getäuscht und betrogen."

Offensichtlich war es nichts als Neid, der sowohl Bundesminister Schwarz als auch die FDP-Abgeordneten Ertl und besonders Logemann aufs Glatteis führten, als sie meinten, die ewig Gestrigen spielen und die SPD verdächtigen zu sollen, sie wolle die Bauern zu Fürsorgeempfängern machen. Das waren die gleichen Töne, die bei Verabschiedung des Landwirtschaftsgesetzes am 8. Juli 1955 von Leuten wie Dr. Dr. Müller, Fassbender und Frau Kalinke zu hören waren. Nur nimmt sie ihnen jetzt niemand mehr ab. Selbst die Deutsche Bauernzeitung, das Kampfblatt des Bauernverbandes, schreibt: "Denn er (der Sozialplan) ist offensichtlich von dem Willen getragen, einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der ländlichen Sozialfrage zu leisten. Dabei begrüßen wir besonders, daß der Sozialplan - wie aus der Begrüßungsansprache des Bundestagsabgeordneten Dr. Heinrich Deist (auf dem Empfang am 11. Februar in Hannover - D. Red.) eindeutig hervorging - nicht etwa als Ersatz für Agrarwirtschaftspolitik, sondern als ein wichtiges Teilstück einer umfassenden Agrarpolitik gedacht ist."

Verwirrung in Rom über EWG-Krise

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Die möglichen Auswirkungen der Stellungnahme General de Gaulles gegen den Eintritt Großbritanniens in die EWG dominieren nach wie vor die Gespräche sämtlicher politischer Kreise Roms. Es wird allgemein darauf hingewiesen, daß das deutsch-französische Abkommen unzweifelhaft eine tiefgehende Veränderung des Geistes darstellt, der die römischen Verträge bis zu diesem Zeitpunkt gekennzeichnet hat und daß die starre Haltung de Gaulles ein wohldurchdachter Schritt im politischen Plan ist, Großbritannien von Europa auszuschließen.

Innerhalb des italienischen Regierungslagers lassen sich verschiedene Haltungen unterscheiden. Die laizistische Linke, deren prominentester Vertreter der republikanische Budgetminister La Malfa ist, schlägt eine Brücke Rom-London, gegen eine Hegemonie de Gaulles und gegen die sogenannte Achse Paris-Rom, vor. Die Brücke Rom-London führt heute unweigerlich nach Washington und findet ihre Berechtigung in der Treue zur Kennedy-Linie, umso mehr als das Abkommen von Massau die Gefahr eines Isolationismus für Italien beseitigt hat.

Innenpolitisch beachtenswert ist, daß zum ersten Mal sich auch prominente Vertreter des Linksozialismus der Idee eines "demokratischen Europäismus" angeschlossen haben. Anlässlich einer vielbeachteten Debatte über das Thema Europa, nahm auch der Linksozialist Santi - einer der Generalsekretäre des linksozialistischen-kommunistischen Gewerkschaftsbundes (CGIL), teil. Ob und bis zu welchem Punkt jedoch der kommunistische Teil innerhalb der CGIL diese neue Stellung der Linksozialisten teilt, ist noch nicht abzusehen.

Offiziell - lauwarmer Optimismus

Ministerpräsident Fanfani geht in bezug auf den von der laizistischen Linken vorgeschlagenen Weg vorsichtig vor. Er muss u.a. auch stets die Tatsache berücksichtigen, daß selbst in seiner Partei, der Democrazia Cristiana, bei weitem nicht alle über den einzuschlagenden Weg einig sind. Die Annäherung Großbritanniens an Europa wird von Fanfani weiterhin aufs wärmste befürwortet, doch die Methoden, die hierzu anzuwenden sind, lassen sich noch nicht klar über sehen. Gewiss besteht zwischen Italien und Großbritannien eine Übereinstimmung über die Taktik in der Europapolitik, die jedoch ohne die Zustimmung der anderen Verbündeten der atlantischen Allianz nicht gestartet werden kann. Man hofft allgemein in den der Regierung nahestehenden Kreisen, daß sich die starre Haltung des französischen Generals mit der Zeit ändern möge.

Dieser offizielle, lauwarmer Optimismus, der über eine recht sorgenschwere europäische Situation gestreut wird, erscheint umso notwendiger, als in der christlichdemokratischen Mehrheitspartei tiefe Meinungsverschiedenheiten herrschen. Der ehemalige Ministerpräsident Scelba, ein hartnäckiger Gegner des von Fanfani gestarteten linken Zentrums, bringt der Haltung de Gaulles ein beträchtliches Verständnis entgegen und schlägt den Beitritt der anderen vier EWG-Mitglieder zum deutsch-französischen Pakt vor, unter der Bedingung, daß die im Vertrag von Rom vorgesehenen Wahlen zum europäischen Parlament durchgeführt werden.

Unbehagen über Pariser Abkommen

In politischen Kreisen - nahe der Regierung - werden die Erklärungen Adenauers unterstrichen und es wird betont, daß der Bundeskanzler "guten Willen" beweise. In der öffentlichen Meinung ist jedoch ein gewisses Unbehagen über die möglichen Folgen des deutsch-französischen Paktes deutlich spürbar. Das Mißtrauen, das in der breiten Öffentlichkeit gegenüber dem so schnell wiederauferstandenen Deutschland herrscht, ist durch den deutsch-französischen Fakt nicht nur beseitigt, sondern eher bekräftigt worden.

Was de Gaulle genau vorschweben mag, ist noch nicht abzusehen; in Italien führt diese Unsicherheit zu einer berechtigten Unruhe. Sicher ist, daß der General eine kontinentale Politik ins Auge faßt, welche von Frankreich geführt wird. Dazu ermuntert und benötigt er jene rückständigen, nationalistischen und antibritischen Strömungen in den verschiedenen europäischen West-Staaten, um seine selbständige, gegen die angelsächsischen Mächte gerichtete Politik, rechtfertigen zu können. Das ist auch der Grund für die begeisterten Sympathiekundgebungen, die dem General von den italienischen Neofaschisten zugegangen sind. Ein verwirrter und deshalb umso gefährlicher Chauvinismus hat stets die italienischen Rechte beherrscht.

Daß diesen Kräften in Italien der Weg versperrt werden müsse, darüber scheinen sich die Mehrheit der Democrazia Cristiana und die Linksozialisten völlig einig zu sein.

Unverhoffte Chance für die Kommunisten

Der Frage über die Schaffung einer multilateralen Nuklearstreitkraft wird in Italien von allen Parteien die größte Bedeutung zugemessen; Rückwirkungen auf die italienische Innenpolitik sind nicht auszuschliessen. Das Problem der Raketenabschussrampen, das heute überholt ist, war stets eines der umstrittensten Themen in der Auseinandersetzung der Parteien.

Die antieuropäische Linie de Gaulles hat mehr den sowjetischen Interessen gedient als dem demokratischen Europäismus, und der kommunistische Parteisekretär Togliatti wird diese unverhoffte Chance während der im April stattfindenden Wahlkampagne wohl auszunutzen wissen. Durch die Annäherung des Generals an Madrid wird es für die italienischen Kommunisten ein Leichtes sein, de Gaulle und Adenauer als die große Gefahr des Weltfriedens hinzustellen. Die Linksozialisten unterscheiden sich insofern von den Kommunisten als sie heute einen demokratischen Europäismus befürworten und ihre beliebten Thesen des Neutralismus eher zurückgedrängt haben.

+ + +

Die Frau in der modernen Industriegesellschaft

Notwendige Untersuchung

Zu einem sozialdemokratischen Antrag im Bundestag

Von Hety Schmitt-Maass

Referentin für Frauenfragen beim Parteivorstand der SPD

Im Bundestag wird in Kürze ein Antrag beraten, den die Frauen der SPD-Fraktion eingebracht haben. Sie verlangen darin von der Bundesregierung, daß die Situation von Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft der Bundesrepublik untersucht werden soll. Welche Bedeutung kommt diesem Antrag zu, und auf welchem Hintergrund ist er entstanden?

Enquêtes im Ausland

Seit Jahr und Tag erscheinen mehr oder weniger umfangreiche Bücher über die umstrittene Lage der Frau in unserer westlichen "Männergesellschaft". Die Amerikanerin Margaret Mead wie die Französin Simone de Beauvoir sind dem Thema gründlich nachgegangen. In Deutschland gibt es einige Studien, die sich entweder mit der beruflichen Seite des heutigen Frauenlebens befassen, oder andere, die das Geschick von zwei Millionen alleinlebenden Frauen behandeln. Gerhard Wurzbacher hat die junge Arbeiterin beobachtet, Helmut Schleyer die Wandlungen der deutschen Familie durchforscht; das Thema wurde gewissermaßen eingekreist. Der entscheidende Durchbruch erfolgte erst, als die Schwedin Alva Myrdal zusammen mit der Engländerin Viola Klein ihre bemerkenswerte Studie herausgaben, die unter dem Titel "Die Doppelrolle der Frau" in allen europäischen Ländern Aufsehen erregte. Gemeint ist die moderne Frau, die als Hausfrau und Mutter ihre vollen Pflichten erfüllt und außerdem im Beruf ihre zeitgemäße Rolle finden muß.

Was bedeutet "zeitgemäße Rolle"?

Was bedeutet "zeitgemäße Rolle"? Seminare und Tagungen haben einander abgelöst, veranstaltet von allen Parteien, von den Gewerkschaften, von Frauenorganisationen jeglicher Art; auch die Kirchenhielten dieses Thema für wichtig genug, um es zu diskutieren. Ging es doch darum herauszufinden, ob man an der traditionellen Rolle der Hausfrau festhalten könne - oder gar müsse - oder ob es ein neues "Leitbild" für die Frau von heute gebe. Oder ob vielmehr ein Fluch den Frauen im 20. Jahrhundert auferlegt zu verewigen, was ihre Großmütter zur Zeit der ersten industriellen Revolution erleiden mußten? Die Proletarierin von damals arbeitete aus Not, und die gebildete Bürgerin sehnte sich nicht selten nach einer außerhäuslichen Aufgabe!

Soll die Frau von heute also die Freiheit haben, abwechselnd - nebeneinander - gleichzeitig - mehrere "Rollen" zu verkörpern? Kann und will sie das überhaupt? Und wenn eine wachsende Zahl von Frauen diese Doppelaufgabe bewältigt, ohne darüber schizophren zu werden, welches müßte dann aber der Schwerpunkt, der eigentliche Mittelpunkt ihres Lebens werden: Familie oder Beruf? Der Meinungen waren viele. Man wurde des Diskutierens nicht müde, bis heute nicht.

Psychologen und Soziologen kamen zu Wort. Wieder wurden Bücher gedruckt wie z.B. "Die Krisis und Zukunft der Frau" (ein Tagungsbericht der Stuttgarter 'Gemeinschaft Arzt und Seelsorger').

Vom "Wesen" der Frau

Dann erschienen Zeitungsartikel, die sich kritisch mit dem "Wesen" der Frau auseinandersetzten. Die einen fanden, dieses Wesen sei überfordert bei allem, was es sich aufbürden und zumuten lasse; andere sagten, gerade dies bringe das Weibliche zum Ausdruck, daß die Frau "Brücke" sein könne zwischen der sachlichen Arbeitswelt draußen (der sie ihren Mann und ihre Kinder ausgeliefert weiß) - und der intimen häuslichen Welt, wo sie Gemütswerte pflegen könne ...

Inzwischen lernen deutsche Schulkinder nach wie vor mit Schillers 'Lied von der Glocke' auswendig:

"Und drinnen waltet die züchtige Hausfrau,
die Mutter der Kinder,
und herrscht weise im häuslichen Kreise,
und lehret die Mädchen und wehret die Knaben,
... und füget zum Guten den Glanz und den Schimmer,
und ruhet nimmer."

Wieviele Mütter mögen noch Muße finden, diese Verse nur abzuhören? Das "beklagenswerte" ewig-weibliche Schicksal hat sich indessen gewandelt; aus der Doppelrolle ist die doppelte Belastung geworden. Arbeiten die Frauen heute mehr als im Zeitalter der Großfamilie? Wohl kaum - aber man hat versäumt, sie folgerichtig auf die gewandelten Erfordernisse vorzubereiten. Darin beruht nun ihr eigentliches Dilemma.

Alarmzeichen

Seele und Gesundheit des Menschen geben Alarmzeichen, wenn er sich überfordert fühlt. Solche Signale häufen sich mehr und mehr: Frühinvalidität unter Frauen fiel zuerst auf. Von wachsender Säuglings- und Müttersterblichkeit im Wochenbett wird auf Ärztekongressen berichtet, Gestörte und geschädigte Kinder geben zu denken. Man beobachtet sie im Kindergarten, ja, in der Krippe schon - in der Schule dann - in der Erziehungsberatungsstelle schließlich. Und es scheint an der Zeit, die Ursachen vieler Schäden gerade bei Müttern und Kindern zu ergründen und in der Folge zu überlegen, wie man sie vermeiden kann.

Das eben ist der Sinn des Frauenantrages im Bundestag. Zwar gibt es einige Teiluntersuchungen: Die Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft befragte mehr als 1000 verheiratete Mütter, die für mehrere Jahre oder auf Dauer berufstätig waren; das Ergebnis wurde bekannt durch das Buch von Elisabeth Pfeil. Eine andere Untersuchung in Westberlin war vorausgegangen; auch hierüber liegt ein Buch vor, von Edith Heinz "Lage und Leistung erwerbstätiger Mütter"; unter 1000 befragten Frauen war hier die Hälfte verheiratet, im übrigen wurden Witwen, Geschiedene, Getrenntlebende und ledige Mütter ausgewählt, ihre Sorgen und Nöte, ihre Wünsche und Forderungen (auch an die Adresse von Staat und Öffentlichkeit) berücksichtigt. Vielleicht wird das Ergebnis einer

neuen, repräsentativen Untersuchung nicht sehr viel anders aussehen als diese Teilergebnisse, könnte man einwenden. Jedoch beweisen schon die Versuche von Hamburg und Berlin, wie verschieden in zwei Städten die Probleme sich darstellen können; auch für die einzelne Frau. Erst die wissenschaftliche Analyse der Gesamtuntersuchung wird sozialpolitische Maßnahmen großen Stils im Sinne einer fortschrittlichen Gesellschaftspolitik veranlassen können. Leider werden Jahre vergehen, bis wir über ein solches allgemeingültiges Ergebnis verfügen können selbst wenn der Bundestag in einer seiner nächsten Sitzungen diese notwendige Untersuchung einmütig beschließen sollte. Frage an die Verantwortlichen: Und was soll bis dahin für Frau und Familie geschehen?

Exakte Feststellungen erforderlich

Die SPD-Fraktion hat in letzter Zeit wieder mehrere Einzelvorschläge zur Lösung einiger der anstehenden Probleme gebracht. Erinnert sei nur an die Herabsetzung der Altersgrenze für Frauen auf 60 Jahre, im Rahmen der Rentenreform. Oder an die neue Mutterschutzvorlage, die im Bundestag erst kürzlich behandelt wurde. An die Anträge auf Verbesserung des Kindergelds, sowie an das Ausbildungsförderungsgesetz, das ja nicht nur den Heranwachsenden dienen wird, sondern ihre jetzt oft schwer arbeitenden Mütter entlasten dürfte. Nicht zuletzt sei an den landwirtschaftlichen Sozialplan der SPD erinnert, der eine ganze Reihe von Hilfen für die mithelfende Bäuerin vorsieht.

Die Enquête der SPD-Frauen im Bundestag fordert eine exakte Feststellung, in welchem Ausmaß Frauen heute überlastet sind. Sie möchte zugleich eine Übersicht erreichen über bereits vorhandene und weiterhin erforderliche Maßnahmen zur Bewältigung aller Probleme im sozial- und gesundheitspolitischen Bereich, wie im Bereich der Schule, der Erziehung, der Berufsausbildung und der Erwachsenenbildung.

Von der Regierung wird zunächst nicht viel anders als ein Bericht erwartet, was alles die zuständigen Ministerien für erforderlich halten, um der Frau zu helfen, daß sie den an sie gestellten Anforderungen in der modernen Industriegesellschaft wirklich gerecht werden kann.